

Redaktion 32723 - Geschäftsstelle 32722
Postfachkonto: Dresden Nr. 14797

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden K. 16, Holbeinstraße 48

Sächsische Volkszeitung

Wochenpreis: Vierteljährlich drei Bände Ausgabe A mit illustrierter Beilage 12.75 M. Ausgabe B 11.25 M.
einzeljährlich Postfrei
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. - Sprechstunde der Redaktion: 5 bis 6 Uhr nachm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr vorm. - Preis für die Zeitungsstellen aller Anzeigen 1.40 M. im Restanteil 3.50 M. - Für unentgeltlich gelieferte, sowie durch Sprechstunde aufgenommene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Die Neuorientierung der Weltpolitik

Von unserem besonderen außenpolitischen Mitarbeiter

Kein Gedanke wäre zu früh, um nicht in weltpolitischen Kombinationen wert der Erwägung zu sein, aber gar als neue Entscheidung bestimmend berücksichtigt zu werden. Gewaltige Entwicklungen scheinen gerade gegenwärtig in der Weltpolitik, in der Neuorientierung und der Umgruppierung der Länder und Völker der Erde und ihres Verhältnisses zueinander, zu reifen.

Wir Deutsche sind ja fürs Erste in diesen Dingen nur Zuschauer. Deutschland ist für die nächste Zukunft - sie kann sich nach Jahrzehnten, sehr wohl aber auch nur noch nach wenigen Jahren bemessen - von der aktiven Mitbestimmung an der Gestaltung der weltpolitischen Orientierung ausgeschlossen, weil es durch den Verlust des Weltreiches seine Weltmachtstellung eingebüßt hat. Länder, die es letzten Endes Deutschland zu verdanken hatten, daß sie sich erheben und zu Einfluß im Rate der Völker kommen konnten, wie vor allem Italien und Japan, sind heute in die Reihe der Weltmächte eingerückt. Aber der ewige Kreislauf in Natur und Leben sorgt dafür, daß die letzten Dinge mit einer überraschenden Konsequenz dort wieder enden, wo sie ihren Anfang genommen haben.

Was jetzt in der weltpolitischen Neuorientierung zu beobachten ist, zeigt eine Ähnlichkeit in der Anlage und Methode, wie man sie noch selten in der Weltgeschichte wahrnehmen konnte. Und nicht zu früh und vermessen ist da der Gedanke, ja die sichere Überzeugung, daß der Tag kommen wird, an dem das heute noch ohnmächtige Deutschland gerade an der Entwicklung und Ausbreitung dieser Dinge entscheidend beteiligt sein wird.

Die großen Probleme der Weltpolitik ruhen heute nach der Schwächung Europas im fernsten Osten. Diejenigen Mächte, die hier unmittelbar interessiert sind oder doch ihre Interessen mit den Westlichen jenseits des Meeres, die allerdings nicht zuletzt ihre eigenen Gebiete sind, verfolgen, sind England und Amerika. Die Kernfrage des neuen, großen weltpolitischen Problems läßt sich daher dahin formulieren: Von welcher Art wird für die nächste Zukunft das Verhältnis Englands und Amerikas zu Japan sein, und welche Rolle wird die neue Weltmacht Japan in diesem Gegenspiel einnehmen?

Das ganze Interesse Englands ist gegenwärtig auf die Verantwortung und vor allem zielstrebige Forderung dieser Frage gerichtet. Seit langem hat die gesamte englische Öffentlichkeit nichts Lebhafter beschäftigt, als die Frage der Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses. Sie wurde die schwere Vergarung und damit Kohlenkrise untergeordnet, um ihrem Willen schloß die englische Regierung den sozialen Frieden um ihren Willen ist aber der immer genandte, weil allen Realitäten unbedenklich Rechnung tragende Lloyd George - dem keine englische Zeitung deshalb einen „Anfall“ vorwirft - sogar bereit, den irischen Streit zu begraben. Und das unter Konzeptionen, die in jedem anderen Fall als schälimste Demütigung angesehen würden! Aber für England gilt es nicht nur, das richtige Verhältnis, oder, besser gesagt, die richtige Distanz zu Japan zu finden, sondern zu gleicher Zeit auch mit Amerika in eine enge, möglichst bündnisähnliche Verbindung zu kommen. Vielfach war man bisher geneigt, die Aufgabe: England mit Japan in eine Bündniserneuerung zu bringen, ohne daß England bei Amerika Verlangen erweckt, als so unwahrscheinlich, wie die Quadratur des Kreises zu betrachten. Jetzt aber deuten alle Anzeichen darauf hin, daß England zu einem ganz großen diplomatischen Schachzug auszubringen sich anschickt: einen Bündnisblock zu schaffen, der England, Japan und Amerika umfaßt!

Es ist un schwer zu erkennen, welche Tendenzen auf soeben weitestgehenden Ziele von England verfolgt werden: ein Bündnis lediglich zwischen England und Japan - ganz abgesehen davon, daß sehr einschneidende Kreise seine Erneuerung nicht mehr wünschen, auch Kanada ist schon dagegen - würde, ob gewollt oder ungewollt, doch immer eine gewisse Spitze gegen Amerika haben, es würde vor allem aber Englands Bewegungskraft in seiner Politik gegen, bezogen, mit Amerika einseitig behindern. Darum soll Amerika mit in den Bund gezogen werden. Freilich würde damit England eine Teilung seiner Macht in den Meeren mit Amerika in den Luft nehmen müssen! Aber die englische Politik hat es immer verstanden, ihren höheren Zielen und Interessen alles andere unterzuordnen, und sie hat daher - ein Beweis für die Selbstlosigkeit der englischen Öffentlichkeit in diesen Dingen! - nie zu befürchten gehabt, bezugnehmend der Freigabe nationaler Interessen oder gar des Mangels an nationaler Würde gesehen zu werden. Heute aber fällt darüber noch die Tatsache ins Gewicht, daß England ohnehin schon durch die von ihm ja erbetene Kriegsteilnahme Amerikas gewonnen worden ist, mit Amerika die Herrschaft der Zukunft zu teilen. Es zieht jetzt nur die realen Folgerungen aus einer nicht nicht angenehmen Tatsache. Es war hier unerwünscht bleiben, welche Hintergedanken England bei seinen Plänen hat und ob es nicht auf Gelegenheiten wartet, um gerade unter Ausnutzung des japanischen Faktors Amerika auszubooten.

Freilich ist es ja noch keineswegs sicher, daß Japan und Amerika auf den englischen Plan eines Gesamtbündnisses mit ihnen lästige Fesseln nach jeder Richtung hin anlegen würde, eingehen. Sollte es der Fall sein, so würde es sich um einen Übergangszustand handeln, der den Zweck hätte, wenigstens für einige Zeit die Kräfte, und zwar nach allen Seiten hin, zu binden. Denn Japan wird ebensowenig darauf verzichten, seinen Machtbereich, insbesondere auch gegenüber China, zu erweitern, wobei es nicht weniger als mit Amerika in Konflikt geraten muß, wie Amerika nicht darauf verzichten kann, im Pazifischen Ozean, und sei es in offener Gegensatz zu Japan, seine Machtposition zu verankern und zu verfestigen. Japan wie Amerika sind gleichermaßen durch den Weltkrieg gewaltig nach innen und außen erstarkt. Beide haben natürlichen, vor allem künstlich geschaffenen Ausdehnungsdrang. Beide haben militärisch vor allem maritim, nicht zuletzt aber auch finanziell anhängend da. Der Aufschwung, den Japan in den letzten Jahren genommen hat, ist einzig in der Geschichte aller Völker. Es ist sehr zweifel-

haft, ob sich Japan wieder in eine Bündnisfessel begeben wird, die es ebenso in einen Krieg nötigt, wie es im Weltkrieg gegen Deutschland der Fall war. Japan will sich selbst seine Stunde bestimmen. Das ehemalige englisch-japanische Bündnis hat seinen Zweck erfüllt. Beide Teile sind auf ihre Kosten gekommen: Japan, indem es - dank der neutralen Rückenbedeckung - durch England ungehemmt nach Osten niederzucken und dann im Weltkrieg den deutschen Einfluß in Ostasien ausschalten und durch beides zur unbeschränkten Weltmacht emporsteigen konnte; England, indem es Japan durch die Bündnisfesseln daran hinderte, im Pazifik und in China den englischen Interessen gefährlich zu werden, indem es vor allem Japan immer mehr in englische Vorkriegsstellung verstrickte. Gerade das ist aber auch ein Punkt, an dem Japan den Hebel ansetzt, um sich wieder eine größere Unabhängigkeit und Aktionsfreiheit zu verschaffen. England kann eine Sicherung gegenüber Japan gar nicht entbehren, denn gerade Japan war seither für England ein indischer Degen ganz besonderer Art. Die indische Gefahr ist inzwischen für England, namentlich nach den jüngsten Ereignissen im Orient, nicht geringer geworden. Die Verstrickung dieser Zusammenhänge ist auch dazu geeignet, mancherlei Widerstände in englischen politischen Kreisen gegen die Verfestigung der Bündnispolitik gegenüber Japan zu beschwichtigen.

Wie diese Dinge auch immer ausgehen mögen: sie werden bestimmt sein für die Neuorientierung der Weltpolitik der Zukunft. Englands gesamte Politik steht nicht minder vor einer entscheidenden Wendung, wie die Amerikas und Japans. Wir haben vom deutschen Standpunkt aus das größte Interesse daran, die Entwicklung dieser Dinge mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen. Wir beobachten, daß England immer mehr vom Kontinent abgelöst und dadurch immer mehr geneigt sein wird, um der Aktionsfreiheit im fernsten Osten willen - denn dort wird über die künftige Weltmachtstellung der Großmächte entschieden - Frankreich auf dem Festlande seine Hand zu lassen. Je mehr diese Entwicklung sich ausprägt und je härter die Rückwirkungen für uns und unsere ganze Politik nach innen und außen sein werden, um so mehr müssen wir uns unersetzlich mehr schon für alle Zukunftsmöglichkeiten rüsten.

Ran mag zum Kontinental-Problem stehen, wie man immer wolle: die Grundidee ist, zumal in Anbetracht unserer heutigen Lage, durchaus berechtigt. Ein Block der Kontinentalmächte vom Westen bis Osten, also mit Frankreich, Deutschland, Rußland und Japan im Längsschnitt unter Anner der mittel- und südeuropäischen Mächte wäre das gewissermaßen natürliche Gegengewicht gegen den mächtigen Bund der Seemächte England, Amerika und Australien. Reinbündliche Tendenzen bräute eine solche Kombination keineswegs zu haben; in den Aufgaben des Friedens auf weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Gebieten läge ihre Kraft! Nachdem aber Frankreich alles tut, um jede Verständigungsneigung in Deutschland im Keime zu ersticken - und man muß es ausdrücklich, daß dieser Verständigungsbedürfnis große Freiheit gemacht hat - fällt diese Mächteverbindung für absehbare Zeit aus. Frankreich hat noch niemals überationale, völkerverbindende und völkerverwährende Politik machen können, und der nationalstille Hauch der Gegenwart, der jeden Blick für die Zukunftsaufgaben, in selbst für das Nächste verblüfft, wird in dem Augenblick weichen, in welchem Frankreich wirklich einmal auf sich selbst gestellt sein wird. Eine Verbindung mit England andererseits ist ebenfalls unmöglich, solange England den französischen selbständigen Denken gegen Rußland brandt und des ferneren sich abzuwenden sieht, mit Amerika und gleichermaßen mit Japan Freundschaft zu halten. Und so sehen wir heute eine alte diplomatische Idee, wenn auch nur in Umrisse wieder Gestalt annehmen, eine Idee, die durch die Fehler unserer früheren Diplomatie, die immer mit England liebäugelte, nicht verwirklicht werden konnte, die Idee eines Blocks zwischen Deutschland, Rußland und Japan. Ein solcher Block hätte eine ungeheure Zähkraft; er würde naturgemäß die mittel- und südeuropäischen Glieder des Kontinents in seinen Mann geben, und er würde mit der Territorial- auch die maritime Macht ebenso naturgemäß verbinden. So würde auch der Zusammenhang und Zusammenfassung der mitteleuropäischen Interessen gewahrt sein, außerdem würde er Macht einer lebenden Gemeinschaft der Wirkungen nach den Ländern und Wäldern über See haben, die niemand, und sei er der Mächte und Großmächte in gewaltigsten Volkerviel, angegriffen anpacken könnte und dürfte.

Die Weltgeschichte schreibt in Jahrzehnten und Jahrhunderten, wie wir Menschen unter Dornen nach Jahren bemessen! Und kein Gedanke ist zu früh, als daß er nicht wert wäre, in weltpolitischen Kombinationen revidiert, ja selbst als bestimmend in Erwägung gezogen zu werden.

Neues Programm der Sozialdemokratie

Der letzte sozialdemokratische Parteitag in Kassel hatte angefaßt der nunmehr allgemein anerkannten Notwendigkeit, das seit 1891 bestehende Parteiprogramm zu revidieren, eine Kommission gewählt, die einen neuen Programmentwurf auszuarbeiten sollte. Dieser Kommission gehörten der Parteitheoretiker Heinrich Cunow, der seitherer präsidenten Ministerpräsident W. Girsch, der Steuerminister der Partei, Abg. Keil, der Parteivorstandende Detmann Müller, der Berliner Arbeitersekretär Hermann Müller, Reichsminister für Ernährung, Robert Schmidt, Reichsminister für Ernährung, Dr. Quard und der Sozialökonom Professor Grotzahn, sowie die Arbeiter Marie Kuchacz, Berlin und Toni Pfälz, Kassel an. Den Vorsitz führte Abg. Adolf Braun, und der Entwurf wird jetzt im „Vorwärts“ veröffentlicht.

Auch das neue Programm zerfällt in eine grundsätzliche Einleitung und sich daran anschließende Forderungen an Gesetzgebung und Verwaltung. Die sozialdemokratische Partei wird eine „Partei des arbeitenden Volkes“ genannt; sie erstrebt die „Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine Verbesserung aller Gesellschaftsklassen führende sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die allgemeine Höher-

Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes“. Es wird dann im einzelnen auseinandergesetzt, daß durch den Weltkrieg und den Frieden von Versailles die sozialen Gegensätze sich weiter verschärft haben, und es wird im Interesse des deutschen Volkes und im Interesse aller Kulturvölker eine Revision dieses Gewaltfriedens im Sinne wirtschaftlicher Erleichterung und nationaler Selbstbestimmung gefordert.

Es folgen dann weitere politische Forderungen, deren Punkt 1 sich auf dem Papier so schön ausnimmt. Es heißt da: Die Sozialdemokratie geht von dem leitenden Grundsatz aus, daß das Interesse der Allgemeinheit dem des einzelnen oder dem einzelner Berufsgruppen voranzustellen ist. - Eine Selbstverständlichkeit allerdings, die man doch manchmal gerade bei der sozialdemokratischen Politik sehr stark vernimmt und die infolge ihrer einseitigen Interessenvertretung dem Gedanken der hier so schön verkörpert Demokratie direkt widerspricht. Sozialisierung und Ausschaltung des Privatbesitzes sind weitere Forderungen dieses Programms, das vielleicht noch als wenigstens einigermaßen anerkennenswerten Punkt den Punkt 7 hat: „Entscheidung bei der Ueberführung des Privatbesitzes in Gemeineigentum an den bisherigen Besitzer im Umfang des tatsächlichen Aufwandes der geistigen und körperlichen Arbeit.“

Weiter werden in dem Programm Anträge behandelt, die vor allem Beseitigung der privatkapitalistischen Grund- und Bodenbesitzung, Förderung und Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion, weitgehendes Enteignungs- und Verleumdungsrecht, gute Wohnungsfürsorge zur Begünstigung der Rückwanderung der Arbeiter von der Stadt auf das Land verlangen. In Bezug auf die Finanzen bleibt nur ein schmaler Weg möglich, daß der Verfall der Friedensverträge für eine selbständige Finanzpolitik des Reiches offen und hier wird Sicherung und Weiterbildung der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuer, sowie ihre Anpassung an die Wertveränderung und an die Leistungsfähigkeit des wachsenden Kapitals als erstrebenswert betrachtet, daneben progressive Gemeinbeiträge der öffentlichen Gewalten an den für die Sozialisierung noch nicht reifen Erwerbsunternehmungen, besonders an der kapitalistisch betriebenen „Landwirtschaft als unerlässliche Forderung“. Das Kapitel Verwaltung und Verfassung fordert Sicherung und Ausbau der demokratischen Republik, Ausbau der Deutschen Republik zum Einheitsstaat mit völlig einheitlicher Gesetzgebung und Verwaltung, und Verfassungsmäßiger und auch tatsächlicher Gleichstellung aller mündigen Staatsbürger. Es folgen dann noch Forderungen in der Kommunalpolitik, sowohl für Gemeindefürsorge wie für Gemeindefürsorge, sowohl in Ökonomie, wie kulturellen und wirtschaftlichen Fragen. In dem Kapitel Gesundheitspflege wird gefordert: Uebernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeindefortsatz unter Beteiligung jehlicher privatkapitalistischer Wirtschaftskräfte, Sozialisierung der Apotheken und des Versicherungswesens usw. ferner auf sozialpolitischem Gebiete wirksamer Arbeiterschutz und Ausbau der Sozialversicherung auf nationaler und internationaler Grundlage mit einheitlichem Arbeiterrecht und Sicherung des Sozialrechts und schließlich einer Umgestaltung der Arbeiterversicherung.

Aus den weiteren Kapiteln erwähnen wir noch das Gebiet des Wohnungswesens mit der Forderung der Verneinung des Grund und Bodens und des Wohnungswesens, sowie Sozialisierung des Baugewerbes und der Bauhoff-Industrie usw. zur Bekämpfung der Wohnungsnot und Lösung der Wohnnotkultur. - Im Abschnitt Kulturpolitik wird nochmals betont, daß religiöse Privatsache ist, Trennung von Staat und Kirche und Verwirklichung der Schulen gefordert, daneben einheitlicher Ausbau des Bildungswesens von der Grundschule bis zur Hochschule.

Dann folgen noch Abschnitte über die Arbeitsfrage mit einer Reihe der bekannten sozialdemokratischen Forderungen, darunter ein großes, lautes Parteiprogramm, das zu seiner Verwirklichung jedenfalls zu viele Notizen enthält und worin sich bei einer verhaltenen Durchsicht auch schon wieder Theorie und Praxis auf schiefste bekämpfen würden.

Die Zustände in Ober-Ostpreußen

Berlin, 18. Juli. In der vorliegenden Antwort, die der Außenminister Dr. Rosen auf die Erklärungen der französischen Regierung über die Lage in Ober-Ostpreußen und die daraus abgeleiteten französischen Forderungen antwortete, wurde dem Antrag genommen auf eine Unterredung des Ministers mit dem französischen Botschafter vom 7. Juli. In dieser hatte Dr. Rosen einen Großindustriellen aus dem östlichen Teile Ostpreußens befragen, der dem französischen Botschafter als Anzeiger einige sachliche Angaben über die wahre Lage im Lande machte. Wir geben aus diesen Mitteilungen, die der französischen Regierung sofort zugänglich gemacht wurden, die wichtigsten Punkte wieder. Sie zeigen, daß die Darstellung der oberostpreussischen Verhältnisse in der Demarche der französischen Regierung auf die weitestgehenden deutschen Angaben keinerlei Rücksicht genommen hat. Auf die Angelegenheiten der polnischen Wirtschaft, wie die Zustände in Ober-Ostpreußen ausgedrückt sind, gibt der Großindustrielle folgenden Bericht:

1. Keinerlich sehe es selber aus, als vor dem Abkommen mit Vorkriegs wegen der Währungs, weil die großen Zentren von den polnischen Injuranten frei seien und man auf ihnen ungehindert verfahren könne. So bin ich vorgefahren früh im Automobil von Kattowitz über Nicola nach Gleiwitz gefahren, um dort den Eisenbahn nach Berlin zu erreichen. Die Eisenbahn zwischen Kattowitz und Gleiwitz war nicht benutzbar, weil die Züge von polnischen Injuranten angehalten und ausgehändert wurden. Die polnischen Injuranten sind nach wie vor teils in der Nähe der genannten Orte, zum Beispiel dicht bei Kattowitz, teils auch in den Orten verstreut oder in die Orte zurückgeführt, welche sie nach dem Abkommen geräumt haben sollen. So sind die polnischen Injuranten, welche aus dem nordöstlichen Stadteil von Kattowitz abgezogen waren, nach wenigen Stunden in diesen Stadteil wieder zurückgekehrt. Tag um Tag haben sie sich in Kattowitz durch Verschleppung von Beamten unliebsam bemerkbar gemacht. Die Behörden der polnischen Injuranten sind nach wie vor in Kattowitz